

Abg. Schuster teilte mit, hier bestehe noch Beratungsbedarf mit dem Koalitionspartner und den Kollegen aus Königswinter und Bad Honnef. Es handele sich hier um einen laufenden Prozess ohne „Gefahr im Verzug“. Er habe daher kein Problem damit, dies, wenn dies gewünscht werde, zunächst im Fachausschuss zu behandeln.

Auch Abg. Hartmann sah hier noch Beratungsbedarf in seiner Fraktion, weil man das auch nochmals vor Ort rückkoppeln wolle. Er bat, das Ganze nochmals durch die Verwaltung aufzubereiten und unter naturschutz- und umweltrechtlichen Aspekten darzustellen. Schließlich wolle man am Ende auch in gutem Einvernehmen mit den Nachbarn eine Lösung finden, die für beide Seiten tragbar ist. Es gehe hier auch nicht pauschal um eine Ablehnung von Windkraftanlagen, sondern man müsse überlegen, wie man die Energiewende umsetzen wolle.

Der Landrat stellte fest, dies würde eine Verweisung des Antrags in den zuständigen Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz bedeuten.

Abg. Deussen-Dopstadt machte darauf aufmerksam, dass ihre Fraktion zunächst die Ergebnisse der Prüfungen habe abwarten wollen, die im Umweltausschuss beschlossen worden seien. Denn viele der Dinge, die hier als Vorbehalte angeführt worden seien, seien konkret als Prüfungsauftrag auf den Weg gegeben worden.

Abg. Smielick merkte an, hier gehe es ja letztlich auch um Raumordnungsverfahren. Der Landrat habe mit Schreiben vom 12.03.2013 auch bereits sehr ausführlich zu den einzelnen Punkten Stellung genommen. Dies spiegele sich auch in dieser Resolution wieder. Seiner Fraktion sei wichtig, dass man hier auch den Aspekt „Flächenmanagement“ betrachte. Deshalb lege man heute noch einen entsprechenden Ergänzungsantrag zum CDU-Antrag vor. Er begrüße den Vorschlag, dies zunächst im zuständigen Fachausschuss nochmals gründlich zu diskutieren. Man habe hier über die Verwaltungs- und Landesgrenzen hinweg eine große Verantwortung, sollte aber dennoch dazu Stellung nehmen und notfalls auch mit dem Mittel der Resolution deutlich machen, wo man stehe. Seine Fraktion vertrete die Auffassung, wenn man schon den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen habe, müsse man natürlich auch den Einstieg in die erneuerbaren Energien beschließen. Aber das heiße natürlich nicht, an jedem Ort und zu jedem Preis. Er hoffe, dass man nach den vertiefenden Beratungen im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zu einem Ergebnis komme, dass alle Fraktionen mittragen könnten.

Hinweis des Schriftführers: Der Ergänzungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion wurde als **Tischvorlage** in der Sitzung des Kreisausschusses am 24.06.2013 verteilt.

Der Landrat wies darauf hin, dass die Kreisverwaltung eine Stellungnahme abgegeben habe, um die Interessenlage des Rhein-Sieg-Kreises zu wahren, insbesondere im Hinblick auf die Belange des Naturschutzgebietes, Naturparks und Europadiploms Siebengebirge. Er stelle aber klar, dass das nicht als Stellungnahme gegen Windkraftanlagen zu verstehen sei, was leider unterstellt worden sei. Im Übrigen stellte er das Einvernehmen der Mitglieder des Kreisausschusses fest, den Antrag der CDU-Kreistagsfraktionen vom 14.06.2013 in den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zu verweisen.